

4. Folgender Text ist der Informationsbroschüre „Geld und Geldpolitik“ der Deutschen Bundesbank entnommen:

„Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) steht vor besonderen Herausforderungen, wenn die Teuerungsrate unerwünscht niedrig ist, der Leitzins nicht mehr weiter verringert werden kann, da er schon auf nahezu 0% gesenkt wurde. In solchen Situationen kann es notwendig werden, über „Quantitativ Easing“ (QE, Quantitative Lockerung) einen höheren geldpolitischen Expansionsgrad zu erreichen. Dazu kauft die Zentralbank in großem Stil Anleihen auf. Der EZB-Rat hat im Januar 2015 mit dem Expanded Asset Purchase Programme (EAPP, Erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten) ein Quantitativ Easing beschlossen. Von März 2015 bis mindestens Oktober 2016 beabsichtigt der EZB-Rat im Rahmen des EAPP Anleihenkäufe von monatlich insgesamt 60 Milliarden Euro. Die Käufe werden solange durchgeführt, bis der EZB-Rat erkennt, dass sich die Inflation wieder der Zielgröße von „unter, aber nahe 2%“ über mittlere Frist annähert.“

- 4.1 Erläutern Sie mit Hilfe einer schlüssigen Wirkungskette wie die EZB über das Quantitativ Easing einen höheren geldpolitischen Expansionsgrad erreichen und so die Inflationsrate wieder steigern kann. 4

5. Die USA ist eine der größten Volkswirtschaften der Welt und als einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten löste weltweit Spekulationen über dessen wirtschaftspolitischen Kurs aus. In seinen Reden hat Trump angekündigt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In Folge seines Wahlsieges wertete der US-Dollar gegenüber dem Euro zunächst stark auf.
- 5.1 „Ein starker Dollar kann die Erreichung der Ziele des Stabilitätsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland positiv unterstützen.“ Begründen Sie anhand von zwei Zielen des Stabilitätsgesetzes die Richtigkeit dieser Aussage. 4
- 5.2 Eine überdurchschnittliche Zustimmung bei der Präsidentschaftswahl erhielt Donald Trump im sogenannten „Rust Belt“, der ältesten und größten Industrieregion im Nordosten der USA. Hier wählten ihn insbesondere Arbeiter aus der Stahlindustrie, die durch den Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verloren haben oder dies fürchten.
- 5.2.1 Beschreiben Sie die im „Rust Belt“ vorliegende Unterform der strukturellen Arbeitslosigkeit. 3
- 5.2.2 Zeigen Sie zwei Maßnahmen auf, die geeignet sind, die strukturelle Arbeitslosigkeit im „Rust Belt“ zu bekämpfen. 2

3. Sie studieren Volkswirtschaftslehre an einer bayerischen Universität. In den Semesterferien absolvieren Sie ein Praktikum in der Wirtschaftsredaktion des Hirschberger Tagblatts. Im Rahmen dieser Tätigkeit erledigen Sie für die Wirtschaftsredaktion Vorarbeiten für diverse Artikel.
- 3.1 In der Wochenendausgabe soll ein Bericht zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2017 erscheinen. Dazu liegen Ihnen für die Jahre 2016 – 2018 folgende volkswirtschaftliche Daten vor: 6

	2016	2017	2018*
Wachstum des realen BIP in %	1,9	2,2	2,5
Veränderung der Verbraucherpreise zum Vorjahr in %	0,5	1,8	1,7
Arbeitslosenquote in %	6,1	5,7	5,4
Außenbeitrag in % des nominalen BIP	8,0	7,6	7,8

*Prognosewerte

Unterstützen Sie den Wirtschaftsredakteur, indem Sie auf der Basis der vorliegenden Daten beurteilen, inwieweit die im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland genannten Ziele im Jahr 2017 erreicht wurden.

4. Am Ende des Jahres 2017 wurde vom US-amerikanischen Kongress eine Steuerreform beschlossen. Der nachfolgende Beitrag des Deutschlandfunks befasst sich mit dieser Reform: 4

Steuerreform in den USA beschlossen

Der amerikanische Kongress hat eine Steuerreform beschlossen, wonach der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer von knapp 40 auf 35 Prozent sinken soll. Unternehmen sollen statt 35 sogar nur noch 15 Prozent Unternehmensteuer zahlen. Die Steuerpläne der US-Regierung seien geeignet, um die Konjunktur im Land weiter anzukurbeln. Doch Trumps Pläne seien nicht langfristig finanziert, sagte der Ökonom Michael Bräuning im Deutschlandfunk.

(Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de>, für Prüfungszwecke angepasst)

Die Senkung der Unternehmenssteuersätze wird als Maßnahme einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik eingestuft. Erläutern Sie anhand von zwei Aspekten, wie diese Maßnahme dazu beitragen kann, die Konjunktur in den USA weiter zu beleben.

4. Für den vierten Artikel der Zeitschrift FUTURE FOR FOSBOS sollen Sie den folgenden Gastbeitrag aus der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“ analysieren:

Konjunktur in der Krise – Zeit für ein Wachstumsprogramm!

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Deutschland im 2. Quartal 2019 geschrumpft. Im 3. Quartal könnte sich eine Stagnation oder eine weitere Schrumpfung abzeichnen. Stimmern werden laut, die nach kurzfristigen Konjunkturimpulsen rufen. Schnell zusammen gestellte, auf kurze Zeit gewährte zusätzliche Mittel für mehr öffentliche Investitionen sind allerdings kaum geeignete Reaktionen auf die derzeitige wirtschaftliche Lage.

Anders verhielte sich dies bei einer nachhaltigen Investitionsagenda zur Stärkung des Standorts. Die Qualität wichtiger Infrastrukturen hat in den letzten Jahren deutlich gelitten. Verlässliche Energie- und Emissionspreise spielen für die Industrie eine entscheidende Rolle. Es ist absehbar, dass die Zukunft des Industriestandorts Deutschland maßgeblich davon abhängen wird, wie seine Transformation im Hinblick auf Klimaneutralität gelingt, ohne dabei internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen.

Für die Entwicklung dieser „grünen“ Geschäftsmodelle sind substanzielle private Investitionen in einen radikalen Technologiewechsel notwendig.

Schwerwiegend erscheinen aber die Argumente, die darauf abzielen, dass öffentliche Investitionen private verdrängen. Durch die erhöhte Geldnachfrage des Staates könnten die Zinsen steigen. Gestiegene Zinsen führen dazu, dass Investitionen privater Unternehmen weniger rentabel und daher rückläufig sind (zinsbedingtes crowding-out). Öffentliche Investitionen können die Investitionsbedingungen für die Privatwirtschaft aber auch verbessern und Investitionstätigkeit stimulieren (crowding-in).

Zu Prüfungszwecken angepasste Synthese der Artikel von Clemens u. Michelsen sowie Südekum in: <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2019/11/konjunkturpolitik-in-der-krise/>

- 4.1 Nach Erscheinen des Artikels veröffentlicht das Statistische Bundesamt, dass das BIP im 3. Quartal 2019 entgegen der im Gastbeitrag geäußerten Erwartungen um 0,1% im Vergleich zum Vorquartal gewachsen ist. Begründen Sie, ob sich Deutschland am Ende des 3. Quartals 2019 in einer Rezession befand. 3
- 4.2 Nehmen Sie Stellung, ob bei der derzeitigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ein zinsbedingtes crowding-out zu befürchten ist. 3
- 4.3 Begründen Sie anhand von zwei ausgewählten Textstellen, welche wirtschaftspolitische Grundkonzeption die Autoren des Textes vertreten. 4

2. Sie nehmen an einer Podiumsdiskussion zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie teil. Auf der Grundlage folgenden Artikels von Prof. Peter Bofinger müssen Sie zur Vorbereitung von Redebeiträgen verschiedene Aufgaben vorbereiten.

Kommt nach der Corona-Krise die Inflation?

Aus wirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei der Corona-Pandemie um einen gleichzeitigen Angebots- und Nachfrageschock.

Auf der Angebotsseite stellte sich vor allem am Anfang das Problem unterbrochener globaler Lieferketten sowie einer mangelnden Verfügbarkeit von Arbeitskräften, da diese ihre Kinder betreuen müssen.

Auf der Nachfrageseite bedeuten Geschäftsschließungen einen drastischen Schock für Unternehmen. Zusätzliche negative Effekte gehen von der Kaufzurückhaltung der Konsumenten aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sowie der Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus. Steigende Infektionszahlen und das Fehlen einer überzeugenden Strategie zur Bekämpfung der Pandemie dürften Unternehmen dazu veranlassen, größere Investitionen trotz niedriger Zinssätze zumindest aufzuschieben. Während der Angebotschock eher preistreibend wirkt, gehen von den Störungen auf der Nachfrageseite eher deflationäre Effekte aus.

Zu alledem wird in der Zeit nach 2021 in vielen Ländern die Notwendigkeit hinzutreten, nach den hohen Defiziten zur Pandemie-Bekämpfung (zum Beispiel durch Umsatzsteuersenkung, Kurzarbeitergeld, Unternehmenshilfen) die öffentlichen Haushalte wieder drastisch zu konsolidieren. Bund und Länder stehen also unter dem Zwang, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern sogar Überschüsse erzielen zu müssen. Wenn an der Schuldenbremse festgehalten wird, ergeben sich daraus restriktive Nachfrageimpulse.

Diese ungewöhnliche Entwicklung korrespondiert mit einer rekordhohen Sparquote der privaten Haushalte. Zu erklären ist diese Konstellation aus einer Kombination mit extrem hohen staatlichen Transfers an die privaten Haushalte bei gleichzeitig stark eingeschränkten Konsummöglichkeiten. Von Haushalten, die ihr Ausgabenverhalten vom laufenden Einkommen abhängig machen, könnte nach Ende der Krise ein erhöhter Konsum ausgehen, der eine preistreibende Wirkung entfaltet.

Quelle: Bofinger, P. (2020). Kommt nach der Corona-Krise die Inflation? Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 100 (11), Heidelberg, S. 825 – 829. Zu Prüfungszwecken bearbeitet.)

- 2.1 Es wird diskutiert, ob es in Folge der Corona-Pandemie zu einer Inflation oder einer Deflation kommen könnte. Erläutern Sie anhand je einer Textstelle eine von Prof. Bofinger prognostizierte mögliche inflationäre Preisentwicklung und eine mögliche deflationäre Preisentwicklung. 4
- 2.2 Verschiedene staatliche Hilfsmaßnahmen haben das Ziel, die Nachfrage der Haushalte zu erhöhen. Erläutern Sie mit Hilfe einer schlüssigen Wirkungskette, wie die befristete Umsatzsteuersenkung zur Stärkung der Binnennachfrage und der Konjunktur beiträgt. 4